

## EDITORIAL

Die Wahl der Beigeordneten beschäftigt Stadtrat, Medien und die Dresdner Bevölkerung mittlerweile seit über einem halben Jahr. Nach dem Schlichtungsprozess soll nun am 26.01.2023 die Entscheidung fallen. Inwiefern gut oder auch nur überhaupt geschlichtet wurde, ist Ansichtssache, denn das Ergebnis sorgt allseits für Zähneknirschen. CDU, Grüne und Linke sollen jeweils zwei Beigeordnete stellen und die bisher vom SPD-Kandidaten geführten Geschäftsbereiche würden dann unter den Vorgenannten und dem OB aufgeteilt – ein kräftiger Machtzuwachs für Hilbert und ein tiefer Riss durch das grün-rot-rote Lager.

Ob es dazu kommt, ist allerdings noch nicht klar, denn die Mehrheit wäre hauchdünn und in den Fraktionen ist man sich alles andere als einig. Um immerhin etwas Inhalt in diese Posten-konzentrierte Debatte zu bringen, werden die DISSIDENTEN die für die Wahl notwendige Satzungsänderung um einen Antrag erweitern, der gewährleisten soll, dass Klimaschutz – unabhängig von Bürgermeisterposten – in Zukunft einen höheren Stellenwert in der Dresdner Kommunalpolitik einnimmt.

Denn: Uns geht es nicht um Posten. Ein Satz, den man in dieser Diskussion schon häufiger hörte, den aber nur die DISSIDENTEN bis jetzt auch wahrheitsgetreu geäußert haben dürften.

Die Redaktion

Link zur DISSIDENTEN-Meldung zum Schlichterspruch: [diss.news/beigeordnete](https://diss.news/beigeordnete)



## EINE BUGA IN DRESDEN?

Ja, aber richtig!

Dresden wird sich für die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2033 bewerben. Das hat der Stadtrat im Dezember auf Vorschlag des OB einstimmig beschlossen. Die Fristen sind eng: Ende Februar soll eine Machbarkeitsstudie beauftragt werden, über die der Stadtrat Ende 2023 entscheiden soll. Ein BUGA-Beirat begleitet die Bewerbung. Ihm gehören Vertreter der Stadtratsfraktionen, der Ämter, der Gemeinden im Umland, der Hochschulen und des Garten- und Landschaftsbaus an.

Nach der Ideenskizze des OB soll die BUGA auf dem Gelände des Südparks südlich der Nöthnitzer Straße in Plauen stattfinden. Zudem soll eine neuer Grünzug vom TU-Campus über den Großen Garten zur Elbe geschaffen werden. Der zweite räumliche Schwerpunkt soll das 2018 vom Stadtrat beschlossene Projekt „Blaues Band Geberbach“ werden. Die Bachläufe von der Mündung in die Elbe zwischen Tolkewitz und Laubegast über Dobritz, die Leubener Kiesseen bis nach Prohlis sollen für den Hochwasserschutz naturnäher und für die Naherholung gestaltet werden. Der Stadtrat hat deshalb dem Erwerb von Grundstücken an den Kiesseen zugestimmt.

Aber: Ist eigentlich ein abgezauntes BUGA-Gelände in Plauen mit seiner Eigenart als öffentlichem Stadtteilpark vereinbar? Wie sieht das Mobilitätskonzept aus? Und warum werden die Innenstadt sowie die Stadtteile nördlich der Elbe ausgeklammert? Die Gebietskulisse kann nicht so bleiben!

Inhaltlich spricht die Ideenskizze das zentrale Thema einer zeitgemäßen BUGA an: Wie kann sich Dresden als Stadt in der Landschaft zum Wohle seiner Einwohnerinnen beispielhaft und vorbildlich an die Hitzesommer und weniger Regen anpassen? Unsere Bewerbung sollte sich von der Vorstellung einer „Gartenschau“ lösen, die auf einem eingezäunten Gelände für nur einen Sommer naturferne, künstliche Arrangements gebietsfremder Blühpflanzen präsentiert.

Eine zeitgemäße BUGA zur städtischen Klimawandelanpassung hat die ganze Stadt-Natur in den Blick zu nehmen. Sie fördert dauerhaft den Wasserrückhalt und schafft für die Dresdnerinnen und Dresdner siedlungsnah durchgängige Bachläufe mit breiten Auengehölzstreifen sowie ausreichend große Waldinseln – wichtig für die Mikroklimatisierung. Dresden braucht breite multifunktionale Grünzüge mit Biotopverbundwirkung quer durch die Stadt, von der Heide zur Jungen Heide und zur Elbe und den Südhöhen in die Stadtteile. Ein Erfolg: Der Stadtrat ist dem Antrag der DISSIDENTEN gefolgt, die Klimawandelanpassung in den Mittelpunkt zu stellen.

Eine Dresdner BUGA muss den Erwartungen der Besucherinnen und Besucher entgegen kommen. Der Dresden-Tourist erwartet nun einmal eine Gartenschau im Canaletto-Blick. Es geht darum, erlebbare und erwandere Räume von den Anziehungspunkten in der Altstadt zu schaffen. Ein zweiter Erfolg: Der Stadtrat hat daher auf Antrag der

DISSIDENTEN auch die Prüfung innenstadtnaher Räume beschlossen.

Östlich der Innenstadt wäre die naturnahe Offenlegung des Kaitzbachs vom Großen Garten über die Zinzendorfstraße und St. Petersburger Straße bis zur Elbe ein inspirierendes Projekt. Westlich der Innenstadt könnten Ideen einer Internationalen Gartenschau im Ostragehege, eines „Ostrasees“ in der Flutrinne oder für eine naturschutzmäßige Aufwertung des Trümmerbergs und der Pieschener Allee aufgegriffen werden.

Dresden sollte sich jetzt ehrgeizige Ziele setzen und darüber sprechen. Und die Stadtgesellschaft sollte jetzt damit beginnen, damit wir in Dresden 2033 etwas vorzeigen können, dass einer zeitgemäßen Gestaltung von Stadträumen entspricht, gerade in Zeiten der sich verschärfenden Klimaextreme und zunehmend heißer Sommer. Die DISSIDENTEN haben im Stadtrat für die BUGA gestimmt, denn es ist eine große Chance, die wir nutzen sollten. Jetzt muss man sie nur noch umsetzen – aber bitte richtig!

Link zur Rede von Johannes Lichdi im Stadtrat: [diss.news/buga](https://diss.news/buga)



## CHANCEN FÜR DIE „CHANCENLOSEN“

Ein Kommentar von Rainer Pietrusky



Oft werde ich gefragt, was das für eine Maßnahme sei. Und meine Antwort lautet immer gleich: Es ist gar keine Maßnahme, es ist ein Projekt. Das ist schon mal das wesentlichste Merkmal. Das Projekt richtet sich an Menschen, die sonst nur sehr wenige Chancen in ihrem Leben haben, an Drogenkranke, an Wohnungslose, an sonstige „Gestrauchelte“, aber auch an Geflüchtete, die keine Chancen haben, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Es ist aber auch für alle anderen Menschen offen, die zeitweilig, warum auch immer, daran teilnehmen wollen (z.B. Eltern mit ihren Kindern, wenn sie nicht wissen, was sie in den Ferien noch so tun können). Und da an diesem Projekt (bis auf diejenigen, die

„Sozialstunden“ ableisten müssen um nicht in den Knast zu kommen) alle freiwillig teilnehmen, d.h. ohne den Zwang, teilnehmen zu müssen und ohne irgendwelche Sanktionen, wenn sie mal nicht kommen, ist es eben keine „Maßnahme“. [...]  
Insgesamt ist es in den vergangenen Jahren gelungen für 13 Teilnehmende eine neue Perspektive zu eröffnen. Das schönste Ergebnis ist es aber immer wieder, wenn wir von Bürger:innen für unsere Arbeit gelobt werden. Das gibt den Teilnehmenden das, was sie in ihrem Leben sonst nur sehr selten erfahren: Anerkennung für ihre Leistung.  
Natürlich gibt es auch Probleme. Das für uns gravierendste ist die immer unsichere Finanzierung des Projektes. Bisher förderten dankenswerterweise die Stadtbezirke Altstadt und Neustadt das Projekt. In diesem und im nächsten Jahr soll die Finanzierung aus dem städtischen Haushalt erfolgen, so die Theorie. Angekommen ist bisher noch nichts, nicht mal ein Bescheid. Zum Glück hat uns die Dresdner Bevölkerung im vergangenen Jahr mit Spenden unterstützt. So werden wir wohl auch diese Durststrecke überstehen.

Den vollständigen Kommentar gibt es auf: [diss.news/chancen](https://diss.news/chancen)



## STADTRATS SPLITTER

„Ich sage bewusst Linksextreme in diesem Kontext, [die] dissidieren, weil sie Lust am Dissidieren haben.“

Mit diesem Bonmot hat Dr. Viola Vogel nicht nur den Zirkelschluss des Monats getan, sondern nebenbei den Begriff „Linksextremismus“ neu definiert. Wir wünschen ihr, sie möge ihr eigenes Bibelzitat sich zu Herzen nehmen und für uns gelten lassen, womit sie sich in ihrer Rede selber brüstete:

„Ertragt einander in Liebe“ (Eph 4,2)

# FAULE KOMPROMISSE SIND KEINE POLITIK

Michael Schmelich zum Doppelhaushalt von GRÜNEN, LINKEN, CDU, FDP und SPD

Rotes Quadrat = Höhe der Mittel, die von der Haushaltskoalition an zusätzlichen Ausgaben "erkämpft" wurden (entsprechen 2,3 %)

102 Mio. Euro

**4408**  
Mio. Euro

Gelbe Fläche = Gesamtvolumen

Klimaschutz und eine notwendige Dekarbonisierung der kommunalen Energieversorgung zur Erreichung der bis 2035 vom Stadtrat beschlossenen Klimaneutralität Dresdens in der „Kleinste-Gemeinsamen-Nenner-Koalition“ unter den Tisch. Das Gesamtvolumen der Änderungen im Doppelhaushalt von ca. 100 Mio. € klingt auf den ersten Blick trotz Gesamtausgaben von fast vier Milliarden Euro nennenswert, wirkt aber im Detail betrachtet wie die Schaufensterauslage eines Krämerladens. Das ist Interessen- und Klientelbedienung statt eines klaren Reformprofils.

Diese Kritik wird auch nicht dadurch geschmälert, dass Kulturmittel und die Budgets der Stadtbezirke heraufgesetzt, sowie die Zuwendungen für Freie Träger im Sozialbereich nach oben angepasst und Mittel für die Energetische Gebäudesanierung erhöht wurden. Faktisch segnet die Haushaltskoalition mit diesem Haushalt einen fossilen Rechtsruck ab.

Abenteuerlich und zum Scheitern verurteilt wirken die Finanzierungsvorschläge für das von der Haushaltskoalition der Rückwärtsfahrer ausbaldowerte Mehrausgabenpaket. Die im Entwurf vorgesehenen Mittel für Digitalisierung in der Verwaltung wurden kurzerhand komplett gestrichen, Gewerbesteuererinnahmen nach dem Wunsch-Dir-Was-Prinzip ohne Datengrundlage einfach um 6 Mio. € heraufgesetzt und bei Pflichtaufgaben der Jugendhilfe Einsparungen simuliert, wohlwissend, dass am Ende fehlende Mittel im Laufe der Haushaltsjahre irgendwie aufgetrieben werden müssen. Sogar OB Hilbert sprach in diesem Zusammenhang von „kreativer Buchführung“ und verwies darauf, dass die Rechtmäßigkeit des beschlossenen Haushalts noch einer Prüfung durch die Aufsichtsbehörde bedarf.

Die Liste der wenig seriösen Schönrechnereien ließe sich fortsetzen, am Ende bleibt das Fazit: Der von dem Mitte-Rechts-Konglomerat durchgepeitschte Haushalt steht schon mit der Verabschiedung in Gefahr, mit einer Haushaltssperre ausgebremsst zu werden. Wie zum Beispiel die GRÜNEN mit diesem Werk im kommenden Jahr eine Kommunalwahl gewinnen wollen, ist zumindest mir ein großes Rätsel.

Warum dabei die Autofahrerlobbyisten und Reformbremsen der FDP ins Boot geholt wurden, obwohl sie zu einer Mehrheitsfindung im Stadtrat nicht erforderlich gewesen wären, ist ebenso unverständlich wie politisch fragwürdig. Jeder Mensch weiß: Je mehr Köche am Haushaltsherd herumwerkeln, desto teurer wird das Menü. Der einstigen grünen Gestaltungsmehrheit schien es wohl auch zu anstrengend sich in der Haushaltsfrage mit den nervigen DISSIDENTEN auseinander zu setzen.

Wer die bekannten politischen Gegensätze zwischen den genannten Fraktionen kennt, konnte an einer Hand abzählen, dass am Ende viele faule Kompromisse herauskommen würden. So schluckten GRÜNE, LINKE und SPD z.B. die deutliche Aufrüstung der Polizeibehörde, Gebührenbefreiungen von Gewerbetreibenden und weitere von CDU und FDP reklamierte Klientelgeschenke, wohlwissend, dass es bis zur nächsten Kommunalwahl 2024 keine weiteren Haushaltsberatungen geben wird.

Vor allem aber brachte die Haushaltskoalition einen vom OB eingebrachten Meilenstein der Verkehrswende, die Finanzierung des ÖPNV-Ausbaus durch die Anhebung von allgemeinen Parkgebühren und den Gebühren für das Anwohnerparken, gemeinsam zu Fall, was fraglos auch die LINKE massiv befördert hatte. Am Ende fielen wirksame Ausgaben für

„Viele Köche verderben den Brei.“ Mit dieser Volksweisheit lässt sich das Ergebnis des von GRÜNEN, CDU, Linken, SPD und FDP gemeinsam beschlossenen Doppelhaushaltes für 2023/ 2024 trefflich zusammenfassen. Bevor wir einen Blick auf die vom Stadtrat bewirkten Änderungen werfen, sei die Beantwortung der Frage gestattet, warum es überhaupt diese merkwürdige Haushaltskoalition gegeben hat.

Während der Konflikt um die Wahl der Beigeordneten seinem Höhepunkt entgegensteuerte, steckte diese eigentümliche Mitte-Rechts-Konstellation die Köpfe zusammen, um dem vom Oberbürgermeister vorgelegten Finanzentwurf mit eigenen Akzenten zu versehen.

**IMPRESSUM**

**Herausgeberin:** Dissidenten Fraktion im Stadtrat Dresden  
**Kontakt:** Rathaus, Raum 1/052  
 Dr.-Külz-Ring 19  
 01067 Dresden  
 Telefon: 0351 4881131  
 dissidenten-fraktion@dresden.de  
**Redaktion:** Tom Rodig (V.i.S.d.P.), Michael Schmelich, Max Aschenbach  
**Gestaltung:** Agentur Grafikladen, Dresden  
**Produktion:** Rathausdruckerei, 1000 Stück  
**Im Internet:** www.dissidenten-fraktion.de  
**Bildnachweise:** S. 1: Max Aschenbach, S. 2: Tom Rodig, S. 4: privat



## TRANSPARENZSATZUNG FÜR MEHR DURCHBLICK

Oftmals stellt sich das Handeln der Stadtverwaltung als eine undurchsichtige Blackbox dar. Um den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern, in Verwaltungshandeln Einsicht zu erlangen, hat der sächsische Landtag ein Transparenzgesetz erlassen, das zum 1. Januar '23 in Kraft getreten ist. Zeit wurde es: Lange hinkte Sachsen hinterher bei der Informationsfreiheit, nur noch Bayern und Niedersachsen haben noch kein Transparenzgesetz.

Nun aber gibt es ein solches Gesetz. Problem: Es gilt nicht automatisch für die Kommunen. Vor Ort müssen noch kommunale Satzungen durch den Stadtrat beschlossen werden. Dies haben die DISSIDENTEN nun mit ihrem Antrag „Transparenzsetzung für Dresden“ in die Wege geleitet. Zudem soll die Stadt eine Online-Plattform einrichten, die für alle Bewohner\*innen Dresdens die Hemmschwelle, Nachfragen zu stellen, noch einmal reduziert. Der DISSIDENTEN-Stadtrat Martin Schulze-Wissermann (Piraten) dazu: „Wir wollen die gläserne Verwaltung, nicht den gläsernen Menschen.“



Link zum Antrag:  
[diss.news/transparenz](https://diss.news/transparenz)

## LASTENRÄDER LEIHEN DOCH NOCH EINE BRN? LEICHT GEMACHT

Sie sind für viele Gelegenheiten die beste Wahl, um mittelschwere Gegenstände in der Stadt von A nach B zu bringen: Lastenräder. Man braucht keinen Parkplatz, Gegenstände sind schnell verstaut, man ist flexibel und flott unterwegs im Stadtverkehr. Die meisten Menschen haben allerdings kein eigenes Lastenrad, denn – seien wir ehrlich – so häufig braucht man es dann doch nicht und für die meisten Wege reicht ein konventionelles Fahrrad. Lastenräder sind somit ideal geeignet, um nach dem Motto „Teilen ist das neue Haben“ von verschiedenen Menschen genutzt zu werden.

Der Stadtrat hat 2019 beschlossen, dass die DVB zur zentralen Mobilitätsdienstleisterin für Dresden werden soll. Neben Bus und Bahn bedeutet dies insbesondere den Ausbau der 'Mobi-Welt': Mobipunkte, Shuttle-Service, Leihfahrräder und Teilautos.

Es liegt also sehr nahe, das Angebot der DVB um Lastenräder zu erweitern. Daher haben die DISSIDENTEN einen Antrag vorbereitet, der zunächst testweise das Verleihen von Lastenrädern an einzelnen Mobi-Punkten möglich machen soll. Mit dem erlernten Wissen, soll dann im gesamten Stadtgebiet ein Lastenradverleih eingeführt werden.

Die Stadtverwaltung hatte die Bunte Republik Neustadt '23 bereits abgesagt, doch sie hat ihre Rechnung ohne DISSIDENTEN-Stadtrat Max Aschenbach und seine Partei Die PARTEI gemacht. Mangels eines Gesamtveranstalters würde es dieses Jahr keine BRN mehr geben. Genau hier ist die PARTEI zur Stelle: „Wir finden die Idee zwar sehr drollig, für ein Fest, welches originär von den Bewohnerinnen für die Bewohnerinnen des Viertels ausgerichtet ward, einen Gesamtveranstalter finden zu wollen, aber für bekloppte Ideen ist die Partei Die PARTEI immer zu haben.“

Während sich Gewerbetreibende unter dem Vorwand der Planungssicherheit ein „weiter so“ wünschen, ist das Fest für viele Bewohnerinnen des Viertels in den letzten Jahren zunehmend unliebsamer geworden. Vielleicht ist das jetzt die Gelegenheit, sich auf die ursprünglichen Wurzeln des Stadtteils zu besinnen und ein Fest jenseits von kommerziellen Interessen und dem Irrsinn zentral organisierter Selbstbestimmung zu organisieren.



Link zur Meldung:  
[diss.news/brn](https://diss.news/brn)

## FÜR DIE DISSIDENTEN IN DEN BEIRATEN

Wie alle Fraktionen entsenden auch die wir Vertreter in die vielzähligen Beiräte. In Ausgabe 3 (DEZ 22) haben wir bereits die Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung vorgestellt. Hier nun die weiteren Personen, die von der DISSIDENTEN-Fraktion in die anderen Beiräte entsendet wurden.



**Oliver Mehl**  
 Bildungsbeirat



**Michael Hauck**  
 Seniorenbeirat



**Gregor Wolf**  
 Beirat  
 Gesunde Städte



**Uwe Brückner**  
 Integrations- und  
 Ausländerbeirat

Zudem sind die vier Stadträte der DISSIDENTEN in folgenden Beiräten vertreten

**Kleingartenbeirat**  
 (Johannes Lichdi)

**Umlegungsausschuss**  
 (Martin Schulte-Wissermann)

**Kriminalpräventiver Rat**  
 (Max Aschenbach)

**Wohnbeirat**  
 (Michael Schmelich)